

16.17

**Abgeordneter Bernhard Themessl (FPÖ):** Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Meine Herren auf der Regierungsbank! Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Krainer! Es ist schon ein bisschen einfach, wenn man sich hier herausstellt und sagt, es ist mir zu schade, die Spareinlagen zu riskieren. Sie wissen offensichtlich nicht, dass wir die Spareinlagen vor über drei Jahren, im September 2008, mit diesem Bankenrettungspaket mit abgesichert haben. Und andere Länder in Europa haben es gleichgetan. Das jetzt zu vergleichen mit dem, was in den letzten Wochen und Monaten passiert ist, ist einfach sagenhaft! Das sind Peanuts gegen die Summen, von denen jetzt gesprochen wird!

Und jetzt kommen wir zurück zum Anfang. Vor eineinhalb Jahren habe ich Ihnen hier im Parlament gesagt, als es um die erste Hilfe für Griechenland gegangen ist, dass es absolut keinen Sinn macht, das Geld dazu zu verwenden, um Banken zu beruhigen und Zinsen zu bezahlen. Es wäre wichtiger gewesen, dort die Wirtschaft in Gang zu bringen, damit die Leute wieder Arbeit haben und nicht auf die Straße gehen. Und dann wären sie in der Lage gewesen, das Problem zu lösen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Als wir Sie damals angesprochen hatten, ob die Höhe dieses Rettungspaketes auslangen wird, haben alle gesagt, ja, das ist großzügigst berechnet, das wird mehr als genügen, da braucht es nie mehr ein zweites. In der Zwischenzeit reden wir von einem dritten. Und das hat System. Und ich sage Ihnen, wie das System aussieht. Das System hat sich jetzt immer mehr und mehr vervielfacht, und immer mehr und mehr Drohungen werden ausgesprochen, weil am Endziel eine zentralistische Regierung in Brüssel stehen sollte, die alles entscheidet und die Kompetenzen der Nationalstaaten und der nationalen Parlamente aufhebt. Genau das ist das Ziel, wo Sie hinwollen. Und da helfen Sie mit! Sie verkaufen unseren Bürgern etwas, was so nicht stimmt. Sie lügen die Bevölkerung permanent an. Sie erzählen den Menschen die Unwahrheit.

Die Horrormeldungen, die früher im Monatstakt gekommen sind, die kommen ja jetzt täglich, und täglich werden sie noch viel schlimmer. Mit Griechenland hat es angefangen, da hat man gesagt, ein Schuldenschnitt kommt nicht in Frage. Wir haben diesen bereits vor eineinhalb Jahren gefordert, wir haben damals gesagt, ohne einen geordneten Schuldennachlass wird es nicht gehen. In der Zwischenzeit ist das EU-Linie. Dazu haben Sie eineinhalb Jahre gebraucht.

Die einzige Erkenntnis, die Frau Merkel in der letzten Zeit gewonnen hat, war, dass sie jetzt – nach drei Jahren! – draufgekommen ist, dass man in der Krise zu langsam und zu schwerfällig reagiert. Na super! Wir haben Ihnen vor eineinhalb Jahren schon gesagt, dass Reaktionen schnell erfolgen müssen, und zwar so gezielt, dass sie dort ansetzen, wo sie auch wirken, und nicht, um Banken zu beruhigen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Hören Sie auf mit dem Schmä, dass Sie da Länder retten wollen! Sie retten überhaupt keine Länder, Sie retten nur die Bankensysteme in diesen Ländern; die Bankensysteme, die Sie so groß werden haben lassen, dass sie niemand mehr im Griff hat. Die Banken haben schon lange die Politik im Griff und nicht umgekehrt. Oder glauben Sie wirklich, dass die Hunderttausenden Griechen, die momentan auf der Straße feiern, deshalb feiern, weil wir ihnen geholfen haben? Ja glauben Sie das wirklich? – Die leiden genauso darunter, wie unsere Steuerzahler leiden werden, wenn das alles zu bezahlen ist. Deswegen gehen die zu Hunderttausenden auf die Straße, und es ist nur noch eine Frage der Zeit, wenn Sie so weitermachen, bis das bei uns auch der Fall ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich sage Ihnen einmal, wie sich das alles entwickelt. Sie lesen ja auch Zeitungen. Sie haben am Vormittag behauptet, Sie hätten nur positive Expertenmeldungen vernommen, ich weiß nicht, welche Zeitungen Sie gelesen haben, denn in den Zeitungen, die ich gelesen habe, und das waren auch nicht wenige, stehen nur andere Sachen drinnen, Dinge, die sehr negativ sind. Ich bringe jetzt ein paar Punkte.

Der „Spiegel“ schreibt heute: Es droht eine Währungsreform. *(Abg. Krainer: Über das österreichische Budget?)* – Moment! Wir reden jetzt vom EU-Budget. *(Abg. Krainer: Ach so, aber vorher haben Sie über das österreichische Budget geredet!)* Wir reden jetzt von 2 Billionen €, von 2.000 Milliarden €, die der EFSF angehoben beziehungsweise aufgehebelt werden sollte. Davon sprechen wir! Und was das für den österreichischen Staat bedeutet, wenn Haftungen schlagend werden, wissen Sie auch.

Ich sage Ihnen jetzt den Werdegang. Vor einem Jahr hat man davon gesprochen, dass es, wenn Spanien und Italien unter den Rettungsschirm kommen sollten – das steht heute übrigens in den „Salzburger Nachrichten“ –, 613 Milliarden € kosten wird. Jetzt spricht man von 1.400 Milliarden € nur für Spanien und Italien.

In der Zwischenzeit wissen wir aber, dass Frankreich auch schon wackelt. Ja was glauben Sie, was die Bevölkerung in Deutschland, die 90 Prozent all dieser Summen zu bezahlen hat, dazu sagen wird, wenn sie dann zur Kassa gebeten wird?! Ich sage Ihnen, es geht nicht um die Frage, ob sich die österreichische Regierung die Frage stellt, aus der EU oder aus dieser Währungsunion auszusteigen, sondern es wird darum gehen, was passiert, wenn Deutschland aus dieser Währungsunion aussteigt!

Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Bevölkerung Deutschlands, die maßgeblich zum Wirtschaftswachstum und zum Zustandekommen dieser ESM- und EFSF-Haftungen beiträgt, weil sie natürlich den Löwenanteil zu bezahlen hat, sich das auf Dauer gefallen lassen wird. Frankreich ist nach Deutschland die zweitgrößte Wirtschaft in der EU, in der Euro-Zone, Italien die drittgrößte. Und wir sprechen bereits von 1.400 Milliarden € für den Fall, dass Italien und

Spanien unter den Rettungsschirm kommen sollten. Da ist Portugal nicht dabei, da ist Irland nicht dabei, von Belgien haben wir gar nicht mehr gesprochen, weil es wahrscheinlich zu klein ist. In Ihren Augen sind das ja Peanuts, bei Ihnen zählen ja Millionen und Milliarden nichts. Ihnen ist es auch egal, ob man neun oder zwölf Nullen anhängt, weil es ohnehin keine Rolle spielt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dann kommt noch Frankreich dazu. Was glauben Sie, wohin das führt? Außerdem finanzieren Sie noch einen Apparat in Brüssel mit 46.000 Beamten *(Abg. Hörl: Das sind weniger als in Wien!)*, von denen 11.200 Beamte mehr als 10.000 € netto im Monat verdienen. Das sind über 100 Millionen € im Monat nur für die Bezahlung jedes vierten Beamten in der EU! Sie bezahlen die Leute dafür, dass sie dafür Sorge tragen, dass die nationalen Parlamente aufgelöst werden und Sie selbst sich dann einen neuen Job suchen müssen. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ. – Abg. Dr. Bartenstein: So etwas von Thema verfehlt! – Abg. Hörl: Weniger als in Wien! In Wien sind es mehr!)*

16.23